

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Wolff unter Beschuss

Während in der Stadt Zürich bereits eine Busse am Auto haftet, nachdem die Parkzeit um 5 Minuten abgelaufen ist, werden illegale Hausbesetzer mit Samthandschuhen angefasst. Sie haben sich an keine Regeln und Gesetze zu halten. Dies gilt speziell, seit Stadtrat Wolff Polizeivorsteher ist, dessen Söhne vermutlich ebenso in der Besetzerszene verkehren. Doch nun geht endlich etwas. Wir haben aktuelle Vorstösse zu dieser Thematik im Zürcher Kantonsrat lanciert und verlangen, dass auch der Regierungsrat nun tätig wird. Besonders das Kochareal in Zürich-Albisrieden steht hierbei im Fokus. Die Stadt Zürich hat das Areal im Jahr 2013 der UBS für 70,2 Millionen Franken abgekauft. Auf dem Gelände sollen dereinst ein Gewerbehaus, gemeinnützige Wohnungen sowie ein öffentlicher Park entstehen. Doch nun wütet darauf die Besetzerszene.

Vor Kurzem hat der grüne Zürcher Statthalter gegen Stadtrat Wolff ein aufsichtsrechtliches Verfahren zum Thema Koch Areal eingeleitet. Abgeklärt wird hierbei, ob Wolff tatsächlich die Gesetze zugunsten der Besetzer nicht beachtet hat.

Die Besetzung des Koch-Areals zieht somit politisch weitere Kreise. Wie Statthalter Mathis Kläntschli erwähnt, gab es zahlreiche Hinweise darauf, dass die Besetzer regelmässig gegen das Gesetz verstossen, ohne dass etwas dagegen unternommen wurde.

Wir weisen den Zürcher Stadtrat an, auf dem Koch-Areal in Belangen der Orts- und Feuerpolizei den rechtmässigen Zustand wiederherzustellen. Falls nötig ist dazu auch die Stadtpolizei – oder Kantonspolizei zur Unterstützung – beizuziehen.

Der Stadtrat muss dem Statthalter monatlich in schriftlicher Form Bericht über erzielte Fortschritte erstatten. Kläntschli bleibt in das Verfahren involviert, bis ein hinreichend gesetzeskonformer Zustand erreicht ist. Im Extremfall kann der Statthalter eine Räumung des besetzten Areals anordnen – wie dies 1991 der damalige Amtsinhaber beim Platzspitz gemacht hatte. Es ist nun an der Zeit, dass der Stadtrat handelt. Ein grosser Teil des Koch-Areals in Albisrieden ist nämlich seit mehreren Jahren besetzt. Immer wieder veranstalten die «Bewohner» auf dem Gelände Konzerte und Partys. 171 Lärmklagen sind in diesem Jahr bereits bei der Polizei eingegangen. Viele Anwohner haben sich in den vergangenen Wochen noch stärker gestört gefühlt.

Sogar die SP anerkannte im Stadtparlament das Lärmproblem. Auch Stadtpräsidentin Corine Mauch kritisierte das Verhalten der Besetzer. Dieses gefährde die bisher angewandte Politik und damit auch die anderen besetzten Liegenschaften. Nun muss der Stadtrat aber Taten folgen lassen. Mit Reden allein ist nichts getan. Und vor allem Stadtrat Wolff und seine Laisser-Faire-Politik geraten zunehmend unter Druck.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Konzeptlose Stadtentwicklung

Zürich muss wachsen, koste es, was es wolle. So der Tenor anlässlich der 147. Sitzung des Stadtzürcher Gemeinderats, welche sich einmal mehr dem Hochbau bzw. dem Höchstbau widmete.



Derek Richter
Gemeinderat SVP
Zürich 3

Dass die Schweiz die Zuwanderung momentan nicht mehr selbst bestimmt, zeigt sich an wenigen Orten so deutlich wie in Zürich Affoltern. Tausende Menschen haben dort innert weniger Jahre ihr neues zuhause gefunden. Das dies der Grösse einer zusätzlichen Stadt entspricht, scheint den Stadtplanern wohl nicht bewusst zu sein.

Offensichtlich ohne Konzept wurden Wohnblöcke erstellt, ohne Rücksicht auf Verluste und mit einem Minimum an Ästhetik. Quantität statt Qualität lautet die Devise. Eine Stadt benötigt Infrastruktur so zum Beispiel Schulen, Krankenhäuser, Post, Lebensmittelläden, Gewerbe und vieles mehr. Dies bedeutet auch Verkehrswege, welche die nötigen Kapazitäten aufweisen, um Personen und Waren von A nach B zu bringen. Dass dies enorme Kosten mit sich bringt, wird gerne ausgeklammert.

Das Mass aller Dinge

Dass jedoch auch Zuzüger davon profitieren, welche noch nie einen Rappen zum Gemeinwohl beigetragen haben, ist ein Faktum. Diese Infrastruktur kollabiert jedoch täglich und somit resultieren überfüllte Läden, Staus auf den Strassen, Verspätungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und immense Kosten. Dass auch die Umwelt schlussendlich unter der immer stärker werdenden Belastung leidet, nimmt Links/Grün stillschweigend in Kauf. Mit einer

verantwortungslosen, ja geradezu vor-sätzlichen Verhinderungspolitik, arbeiten die Genossen sogar am Rückbau intakter Infrastruktur, namentlich dem Strassenverkehr. Das Velo als Mass aller Dinge. Als wenn ein saisonales Binnentransportmittel dazu geeignet wäre, die Waren- und Personenlogistik einer ganzen Stadt zu bewältigen. Wer glaubt, dass nun die Misere ein Ende hat, irrt. Zürich soll wachsen, um auf eine halbe Million Einwohner zu kommen. Mit Verdichtung, gemeinnützigem Wohnraum und der 2000-Watt-Gesellschaft soll mit unter dieses Ziel erreicht werden. Dass nun der Stadtrat dem Gemeinderat eine weitere Fristerstreckung für die Tramlinie nach Affoltern beantragt, erscheint aufgrund der Komplexität nachvollziehbar. Auch, weil die Mühlen des Kantons langsam mahlen. Christoph Marty wies auf diese Tatsache hin, aber der Gemeinderat sprach sich gegen die Stimme der SVP gegen eine erneute Fristerstreckung aus.

Im Schatten

Apropos Mühle. Wer hätte Freude, wenn ihm sein Nachbar einen 120 Meter hohen Klotz in die Sonne stellen würde? Jedenfalls sicher nicht die Bewohner des Quartiers Wipkingen, welche ihre Ablehnung an der Urne kundtaten. Nun wurde ein erfolg- und hilfloser Versuch vonseiten der Grüliberalen gestartet, wenigstens die Oberfläche dieser städtebaulichen Todsünde halbwegs erträglich zu gestalten. Thomas Schwendener rief in Erinnerung, dass es sich bei der Swissmill um eine private Eigentümerin handelt, welche aufgrund einer rechtsverbindlichen Baugenehmigung diesen grauen Kasten erstellen durfte. Bei einem Jass nachträglich die Regeln

SVP der Stadt Zürich
Postfach 6612
8050 Zürich
Telefon 044 310 81 19
sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch
www.svp-stadt-zuerich.ch



Einladung zur Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich

vom Donnerstag, 30. März 2017, 20.15 Uhr

Ort: Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich-Seebach

Traktanden

1. Begrüssung/Mitteilungen
2. Wahl der Stimmzähler
3. Parolenfassung zu folgenden städtischen Abstimmungsvorlagen vom 21. Mai 2017:
 - a. **Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative für den Schutz und die Förderung von Grün- und Freiräumen («Grünstadt-Initiative»)**
(Gemeinderatsgeschäftsnummer 2015/149)

Referentin Ja: Gemeinderätin Gabriele Kisker (Grüne)
Referent Nein: Gemeinderat Peter Schick (SVP)
 - b. **Wohnbauaktion 2017, Rahmenkredit von 90 Millionen Franken**
(Gemeinderatsgeschäftsnummer 2016/283)

Referent: Gemeinderat Urs Fehr (SVP)
 - c. **Verein Tanzhaus Zürich, jährliche Beiträge von höchstens 1 827 166 Franken ab 2019**
(Gemeinderatsgeschäftsnummer 2016/264)

Referent: Gemeinderat Roger Liebi (SVP)
4. Verschiedenes

DER AKTUELLE VORSTOSS

Generelle Abmeldemöglichkeit für die gebundene Mittagsverpflegung

Mit einem Postulat von den Gemeinderäten Daniel Regli (SVP) und Martin Götzl (SVP) wird der Stadtrat aufgefordert, zu prüfen, wie alle Eltern und Erziehungsberechtigten, deren Kinder öffentliche Schulen in Zürich besuchen, möglichst schnell und umfassend über die von der Präsidentinnen- und Präsidenten-Konferenz (PK) neu definierte, generelle Abmeldemöglichkeit für gebundene Mittagsverpflegung in Zürcher Tagesschulen informiert werden können.

Im Umfeld aller fünf Schulen, die in die Tagesschul-Pilotphase 1 integriert sind, soll die Information sofort erfolgen; im Umfeld der Schulen, welche für die Pilotphasen 2 und 3 vorgesehen sind, vor den Frühlingsferien 2017. Alle anderen Eltern und Erziehungsberechtigten sollen bis Ende 2017 Kenntnis erhalten über die Änderung. Zusätzlich wird der Stadtrat aufgefordert, dem Gemeinderat bis Ende 2017 einen Bericht vorzulegen, der die strukturellen und finanziellen Anpassungen benennt, die sich durch die Annullierung der gebundenen Mittage ergeben.

Des Weiteren wird der Stadtrat aufgefordert, im Rahmen der PK Einfluss auf die Schulpräsidien zu nehmen, damit Kinder, die aufgrund des Pilotprojekts «Tagesschule» aus ihrem Freundeskreis herausgerissen und in andere Schulen umgeteilt wurden, wieder in ihre früheren Klassen zurückkehren dürfen.

Begründung

Ein unrühmliches Kapitel der Zürcher Schulpolitik hat ein überraschend schnelles Ende gefunden. Gemäss einem Schreiben des Präsidenten der Kreisschulpflege Uto vom Januar 2017 hat «die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz der Stadt Zürich (...)

für die Weiterentwicklung der Tagesschule 2025 beschlossen, dass zukünftig eine generelle Abmeldemöglichkeit für die gebundenen Mittage besteht». Kinder, welche von der gebundenen Mittagsverpflegung abgemeldet werden, dürfen somit nicht mehr aus ihrem schulischen Umfeld herausgelöst und in eine andere Schule versetzt werden.

Mit dem Postulat GR Nr. 2015/310 hatte die SVP-Fraktion schon vor dem Start der Pilotphase 1 versucht, solche voraussehbaren Härtefälle zu verhindern. Der Stadtrat hat das Postulat damals zwar entgegengenommen, bei der Umsetzung von Pilotphase 1 wurden jedoch genau jene sozialen Brüche verursacht, welche die SVP den Kindern und Familien gerne erspart hätte.

Kinder, die von der Tagesschule abgemeldet wurden, weil die Eltern auch weiterhin das gemeinsame Mittagessen mit ihnen einnehmen wollen, wurden in andere Schulen umgeteilt. Das Bedürfnis des Kindes, auch weiterhin mit seinen «Gspändli» im selben Schulhaus zur Schule zu gehen, wurde unbeachtet gelassen.

Die Schülerinnen und Schüler wurden kaltherzig aus ihrem Freundeskreis herausgerissen und in andere Schulen geschickt. Auch für die Pilotphasen 2 und 3 wird jetzt schon ideologischer Druck aufgebaut. Betroffene Eltern berichten von Pressionen, ihre Kinder in Phase 2 auf keinen Fall von der gebundenen Tagesschule abzumelden. «Renitente» Eltern bekommen schon mal zu hören, dann sollen sie doch lieber aus dem Quartier wegziehen, statt sich gegen die Tagesschule zu stellen.

Der Stadtrat hat in seiner Weisung «Pilotprojekt gebundene Tagesschule 2015–2018» (GR Nr. 2014/259) selber zu erkennen gegeben, dass Kinder gemäss kantonalem Gesetz nicht gezwungen

zu ändern, kommt auch nur der GLP in den Sinn und so mutet der Vorstoss, welcher eine Verschönerung der Oberfläche fordert, als reine Symbolpolitik an. Oder will die GLP bereits jetzt den Wahlkampf eröffnen? Auch kann in diesem Zusammenhang die Nähe der Swissmill zur Coop Gruppe, welche wiederum eine gewisse Nähe zur SP pflegt, betont werden. Dies macht auch durchaus Sinn; einem vernünftigen Menschen käme solch eine städtebauliche Verirrung erst gar nicht in den Sinn.

Einmal mehr jedoch zeigt sich hier, wie dem Souverän Sand in die Augen gestreut wurde und er mit überschwänglichen Versprechungen in die Irre geleitet wurde. Die vergangenen Badetage haben es eindrücklich bewiesen; das Besucherinteresse in der Badi Unterer Letten ist markant zurückgegangen. Gerade am Feierabend ist das Bedürfnis nach Erholung in der Badi gross, wer möchte schon im Schatten dieses grauen Giganten liegen? Der Schattenwurf des Pleitegeiers ist bereits gross genug.

Frühlingsbier

zu den Themen:

Steigende Bundesausgaben - Armee und Sicherheitskomplizierte Energiefragen - ziellose Medienpolitik



Alfred
Heer

Gregor
Rutz

Mauro
Tuena

Hans-Ueli
Vogt

Dienstag, 21. März 2017, 18.30 Uhr



Restaurant Wilder Mann
Freiestrasse 221, 8032 Zürich (Kreis 7)

Vier Stadtzürcher Nationalräte berichten aus der Frühlingsession. Alle sind herzlich eingeladen! Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Mauro Tuena, Präsident SVP Stadt Zürich
Urs Fehr, Präsident SVP-Kreispartei 7/8



Für eine sichere Zukunft in Freiheit!